

Landtagsverhandlungen.

I. Kammer.

50. öffentliche Sitzung am 6. September 1917.

Präsident Oberstmarschall Dr. Graf Bipthum v. Eckardt, Czjellenz, eröffnet die Sitzung, der auch Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg, Herzog zu Sachsen, beiwohnt, um 12 Uhr 5 Min. mittags.

Die Kammer tritt sofort in die Tagesordnung ein.

1. Den Vortrag aus der Registratur übernimmt Dr. Oberbürgermeister Dr. Kaubler-Baun.

Am Regierungstische Ihre Excellenzen die Staatsminister Graf Bipthum v. Eckardt und v. Seydewitz, sowie die Regierungskommissare Ministerialdirektoren Wirkl. Geh. Räte Dr. Schroeder, Dr. Kofcher, Czjellenz, und Geh. Rat Ulterich, ferner Geh. Räte Kofschütter, Dr. Otto, Dr.-Ing. Krüger, Geh. Finanzrat Friedrich, Geh. Räte Toller und Krauß, Geh. Regierungsräte Dr. Jund und Dr. Morgenstern, Oberbaurat Dreffel.

Punkt 2 der Tagesordnung: Antrag zum mündlichen Bericht der zweiten Deputation über den Antrag des Abg. Göpfert und Gen., die Ergreifung von Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reiche und zur Vorbereitung des nach dem Kriege zu erwartenden Aufschwunges der Volkswirtschaft betreffend, sowie über die hierzu eingegangenen Petitionen. (Drucksache Nr. 317.)

Berichterstatter Wirkl. Geh. Rat Dr. Mehnert, Czjellenz: Am 21. Dezember 1915 sei von dem Abg. Göpfert (nl.) und Gen. ein Antrag in der Zweiten Kammer eingebracht worden, der folgenden Wortlaut habe:

I. Die Königl. Staatsregierung um Ervägung darüber zu ersuchen, welche Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reiche und zur Vorbereitung des nach dem Kriege zu erwartenden Aufschwunges unserer Volkswirtschaft getroffen werden können, insbesondere ob diese Ziele dadurch erreicht werden können.

1. daß der Verkehr Sachsens nach den für sein Wirtschaftsleben wichtigsten Gebieten verbessert wird

a) durch beschleunigten Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes,

b) durch Anschluß der sächsischen Industriegebiete an das Reichswasserstraßennetz,

c) durch erhöhten Anteil Sachsens am Durchgangsverkehr im Deutschen Reich und nach Österreich-Ungarn sowie nach den neuen Interessengebieten;

2. daß der Wirkungskreis des Reichseisenbahnmonopols erweitert wird, sowie

3. daß Einrichtungen getroffen werden, die dem Handelsverkehr mit dem Ausland sachverständige Information und Berichtigung dauernd sichern.

II. Die Erste Kammer zu diesem Beschlusse einzuladen.

Am 14. Juni habe die Zweite Kammer den ausführlichen Bericht über diesen Antrag beraten und sei zur einstimmigen Annahme der gestellten Anträge gelangt. Die berichtstellende Deputation der Zweiten Kammer sei bei ihren unter I. gestellten Anträgen (s. unten) davon ausgegangen, daß nach dem Kriege möglicherweise ein großer Arbeiterüberschuß vorhanden sei und daß es deshalb notwendig wäre, für Arbeitsbeschäftigung im Reich und in den angrenzenden Gebieten Sorge zu machen. Die Zweite Kammer in der Beratung unangenehm steigende Verhältnisse an Staatskräften wie an Gemeindevögeln gesehen und habe daher eine Verbesserung der Verhältnisse besonders durch Beschäftigung von Landarbeitern durch Ausbau von Straßen überhaupt der Staatsregierung in der Übergangszeit nach dem Kriege empfohlen.

Die zweite Deputation der Ersten Kammer habe sich bei Beratung des Antrages Göpfert zunächst im allgemeinen mit der Frage beschäftigt, welche Arbeiten nach dem Kriege in der sogenannten Übergangszeit wohl die dringendsten seien, und weiter Erwägungen darüber angestellt, soweit es gegenwärtig naturgemäß überhaupt möglich sei, wie die Arbeitskräfte zu diesen dringendsten Arbeiten beschafft werden könnten. Die Deputation sei einmütig der Auffassung, daß die erste und allerdingens erste Aufgabe des Staates wie des Reiches darin zu finden sein werde, die Ernährung der Bevölkerung in ausgiebigster Weise sicherzustellen. Der Krieg habe unserem Volk mit oft recht knappen Mitteln mühe durchgehalten werden, und es werde allezeit der höchste Maßstab für das deutsche Volk sein, daß es diese so unendlich schwere Zeit trotz der Ernährungsschwierigkeiten, wenn auch oft mit zusammengeschissenen Zähnen, durchzuhalten verstanden habe. Insbesondere hätten auf der Bevölkerung unseres Sachsenlandes schwere Prüfungen gestanden. Sachsen habe sich von einem ehemaligen Agrarstaat zu einem Industrielande ausgewandelt. Sachsen sei der dichtbevölkerste Staat Deutschlands und könne seine zahlreiche Bevölkerung von der ihm zur Verfügung stehenden Anbaufläche nicht selbst ernähren. Sachsen sei daher auf die Zufuhr von anderen deutschen Staaten zu einem beträchtlichen Teile angewiesen. Daß ein solches Land schwerer unter den Ernährungsschwierigkeiten des Krieges zu leiden habe als ein Land, in dem die zumwachsenden Nahrungsmittel reichlich seien, als die Bevölkerung des Landes sie selbst benötige, b. auch nicht weiter dargelegt zu werden, auch wenn man dankbar anerkennen wolle, daß andere mit Nahrungsmitteln reichlich gesegnete Staaten nach den bestehenden Rationierungsverordnungen und, soweit sie vermocht hätten, ausgeschossen hätten. Aber nicht nur Nahrungsmittel für die Menschen, sondern auch Futtermittel für das Vieh seien auf das allerdingens erste zu beschaffen, wenn die Ernährung der Bevölkerung wieder in richtige Bahnen gelenkt werden solle. Hierzu bedürfte es in allererster Linie der Wiederherstellung eines vollen landwirtschaftlichen Betriebes mit intensiver Wirtschaftsführung im ganzen Lande, im ganzen Reiche. Die Kriegsverhältnisse hätten es mit sich gebracht, daß Zehntausende von weitem landwirtschaftlichen Betrieben ins Feld gezogen seien, um das Vaterland zu schützen. Mit ihnen seien die als Schützmeister, Kräfte oder sonst als Hilfskräfte in der Landwirtschaft in Diensten stehenden ins Feld gezogen. Die Dörfer seien in den letzten Lebensjahren lebenden Männer geradezu verarmt. An ihrer Stelle hätten oft nur Frauen und Kinder oder Auszügler, die sich schon zur Ruhe gesetzt hätten, die Betriebe aufrechterhalten. Mit Ausbietung aller Kräfte hätten sie das Höchste geleistet, was von ihnen überhaupt geleistet werden können. Er habe sich herzlich gefreut, daß in einer vom General-Kommando XII vor einigen Tagen veranstalteten großen Versammlung im hiesigen Vereinshaus der neue Unterstaatssekretär Dr. Müller vom Kriegsernährungsamt, der früher ein Führer in der sozialdemokratischen Bewegung gewesen sei, mit voller

Überzeugung das höchste Lob über die deutsche Landwirtschaft ausgesprochen habe, die mit oft völlig ungenügenden Kräften so außerordentliches und niemals hoch genug zu schätzendes während der Kriegszeit bisher geleistet habe. Und doch müsse man anerkennen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung im Laufe der drei Kriegsjahre zurückgehen müsse. Es fehlten eben diejenigen, die mit der landwirtschaftlichen Handhabung von Jugend auf vertraut seien, die jedes kleine Stück ihres Besitzes genau kennen und daher auch am besten wüßten, wie die Bestellung vorzunehmen sei und wie die Behandlung stattfinden habe. Es ergebe sich von selbst heraus, daß die Bestellungsmenge manche ungenügende Ausführung aufweisen müßten. Dazu komme oft das unvollkommene Wirtschaftsmaterial. Der Handwerker, der Schmied, der Stellmacher, die im Torke sonst so schnell zur Hand gewesen seien, um Schäden auszubessern, seien eben auch im Felde. Der reparaturbedürftige Pflug, die Egge, der Wirtschaftswagen, wie vor allem auch die vielfach benutzten landwirtschaftlichen Maschinen könnten oft nur notdürftig zusammengeklüfft werden, um Bestellung und Ernte zu ermöglichen. Der künstliche Dünger, der sonst gerade von unseren sächsischen Landwirten in besonders reichem Maße zur Ackerfrucht des Grund und Bodens benutzt worden sei, sei völlig ausgeblieben oder nur in geringen Dosen zur Verfügung gestellt worden. Chile, das Land, das nach Deutschland für viele Millionen Wert Salpeter geliefert habe, sei uns verschlossen gewesen. Auch der Salpeter, der aus den nordischen Ländern zu uns komme, sei bald genug nicht mehr für die Landwirtschaft zu haben gewesen. Den von auswärts nicht mehr zugeführten Stickstoff zu ersetzen, sei nur zu einem Bruchteil möglich gewesen. Erst nach dem Kriege, wenn die so glänzend geförderte Munitionserzeugung ihre Anforderungen einstellt und ihre Pflicht erfüllt getan habe, würden die großen, neuen Fabrikationsstätten in der Lage sein, der Landwirtschaft mehr Stickstoff zuzuführen, als sie jemals zuvor vom Auslande bezogen habe, und damit eine Unabhängigkeit von ausländischer Zufuhr schaffen, wie man sie früher überhaupt nicht für möglich gehalten habe. Wenn man, wie es sich von selbst verhehe, die Ernährung des Volkes als die erste Aufgabe ansehe, die nach dem Kriege zu lösen sei, so werde man vor allen Dingen danach trachten müssen, ihre Arbeitskräfte und in erster Linie ihre Betriebsleiter mit der allergrößten Beschleunigung wieder zurückzuführen. Hunderttausende von neuen Hilfskräften seien ferner zu denen herbeizuschaffen, die noch im Volkwesen ihrer Kräfte von der Front und aus den Stuppen wieder heimkehrten. Wie ernst man schon jetzt diesen Dingen ins Auge sehe, gehe z. B. daraus hervor, daß man jetzt schon die früher für geradezu unmöglich gehaltene Frage nach Einführung chinesischer Reis nach dem Kriege lebhaft ventilire. Dabei dürfe man sich nicht getäuscht lassen, die Landwirtschaft nur in den vorigen Stand vor dem Kriege zu setzen, sondern es sei vielmehr der höchsten Anstrengung wert, die Intensivität der Landwirtschaft noch zu steigern und die Anbaufläche zu erweitern und zu erhöhen. Auch sei vielfach der Grund und Boden nicht zum landwirtschaftlichen Anbau herangezogen; er erinnere daran, daß im Deutschen Reiche von den 2,5 Mill. ha stichoffreicher Moore bei Beginn des Krieges erst 10 Proz. mehr oder weniger wirtschaftlich nutzbar gemacht worden seien und daß die nichtnutzbaren Moorschwäbde an die Hand genommen werden könnten. Und ebenso werde vielfach noch nach einer veralteten Wirtschaftsweise mit recht spärlichen Erträgen geerntet. Alles müsse darangelegt werden, um die Erzeugung so zu steigern, daß auf keinem Gebiete unserer deutschen Volk in seiner Ernährung künftig vom Auslande abhängig sein dürfte. (Zehr richtig!) Wenn es etwa jemandem gebe, welcher der Meinung sei, daß nach dem Kriege, wenn die Grenzorten wieder aufgehoben seien, und die noch notwendigen Nahrungsmittel vom Auslande in verhältnißmäßig bald kämen, der habe keine Empfindung für die Unmöglichkeit, die der Weltkrieg und die masslose Verheerung unserer Feinde gegen Deutschland im Gefolge habe (Zehr richtig!), der wisse aber auch nicht, daß das im Auslande für die Ernährung des Menschen in der Hauptrolle in Frage kommende Brotgetreide dort wesentlich teurer sei — er erinnere daran, daß der Weltmarktpreis für Weizen mindestens doppelt so hoch stehe, wie der deutsche, vielfach schon angezeichnete Weizenhöchstpreis, und daß die Schiffsraten heute zu einer Höhe angestiegen seien, die man früher für ganz unmöglich gehalten habe —, der wisse nicht, sage er, daß sich Deutschland nach dem Kriege in weitgehendem Maße davon verschonen müßte, daß nicht etwa im Inlande erzeugte Nahrungsmittel nach dem Auslande abfließen. Im übrigen werde die Zufuhr von übersee auch vielfach durch mangelnden Schiffraum, für dessen Verminderung ja unsere Unterseeboote täglich in höchst erschwerter Weise sorgten, für das nächste Jahrzehnt fast unterbunden sein.

Neben der Landwirtschaft habe sich das höchste Lob in diesem Kriege unsere Industrie verdient, die in nimmermüdem Schaffen von früh bis abends und, damit nicht genug, auch die Nächte hindurch das ausgezeichnete Nahrungsmaterial vorbereitet und geschaffen habe, mit dem unsere Feldgrauen den Feind von den Grenzen unseres Vaterlandes nicht nur zurückgehalten hätten, sondern weit hinein in die feindlichen Gebiete hinein gedrängt hätten. Der Ruhm, den unsere Industrie auf diesem Gebiete während des Krieges errungen habe, werde alle Zeiten überdauern. Was je erinnerlicher Geist erkennen, in diesem Kriege sei es überholt worden, und unsere Industrie habe es verstanden, diesen höchsten Anforderungen, auch denjenigen, die durch plötzliche Umänderungen und Umgestaltungen der Betriebe gestellt seien, anzupassen. Was habe nicht alles insonderheit der Maschinenbau leisten müssen, und welche Leistungen wären wenig Bedacht — erhe man gegenwärtig immer noch viel zu wenig Bedacht — erst nach dem Kriege von dem Maschinenbau erwartet werden!

Es brauche hier nicht besonders ausgeführt zu werden, welche Erfindungen aus den verschiedensten Gebieten neu zu beschaffen seien. Im Kriege habe es oft keine Zeit gegeben, die Erfindungen rechtzeitig fertigzustellen, die alten Maschinen seien bis zum höchsten ausgenutzt worden, und man müsse mit Stolz bekennen, daß die Fortschritte unserer deutschen Maschinenbauindustrie unübertroffen sich behauptet hätten. Aber nach dem Kriege, da würden von allen Seiten die dringendsten Bestellungen einlaufen, und nicht nur von da, wo man neues Material einstelle an Stelle des Verbrauchten, sondern vor allem auch von da, wo man die bisher benutzten Maschinen wieder in vollbrauchbaren und anstandslos zu setzen gewillt sei. Viele Industriebetriebe seien außerdem für Rüstungszwecke umgestaltet worden, ihre Rüstungszwecke ausgeübte maschinelle und menschliche Hilfe zu langen. Infolge des Mangels an Spannvieh und dessen jahrelanger schlechter Ernährung werde die Beschaffung von völlig neuen Maschinen für die Landwirtschaft, für die Särbereit, für das Pflanzen und Ernten ein unbedingtes Erfordernis werden. Und wenn bisher viele Zehntausende von Maschinen zu diesem Zwecke von England und Amerika geholt worden seien, so werde man künftig, dessen sei er gewiß, nicht nur aus patriotischem Sinn, sondern aus sehr praktischen Gründen, die insonderheit mit der Regulierung unserer Waltra zusammenhängen, den Bedarf, soweit nur irgend möglich, im Inlande decken, mehr wie bisher. Die im Kriege bewährten Trocknungsanlagen werde man im Frieden voraussichtlich in großem Umfang weiter bauen, die Strohhäufelungsanlagen, die zur Er-

nährung unserer Tiere Hervorragendes beizubringen, würden massenhafte Anforderungen stellen, die das im Kriege auf diesem Gebiete Geleistete noch weit übertrafen. Von den hierbei in Frage kommenden Industriekräften würden täglich die dringendsten Anforderungen an menschlichen Arbeitskräften sich häufen und eine außerordentliche Höhe erreichen. Auch in diesen Betrieben seien wie in der Landwirtschaft vielfach jetzt sogenannte Sachengänger beschäftigt gewesen und Tausende von Kriegsgefangenen eingekerkert worden. Der künftige Wegfall dieser Hilfskräfte erfordere menschlichen Ersatz, der so schnell und so reichlich wie nur irgend möglich beschafft werden müsse. Vielfach würden einzelne Industrien infolge des noch längere Zeit andauernden Mangels an Rohstoffen nicht in der Lage sein, ihre Tätigkeit wieder so entfalten zu können, wie sie es wohl möchten und wie sie es im Interesse der gesamten Volkswirtschaft sollten. Aus diesen Industrien heraus müßten insofern Hilfskräfte für diejenigen Betriebe gewonnen werden, die sich der dringendsten Arbeit nicht erwehren könnten und neue Hunderttausende brauchen. Und doch müsse selbstverständlich alles getan werden, auch Rohstoffe aus dem Auslande herbeizuschaffen für diejenigen Industrien, die der Exportfähigkeit sich bisher in der Hauptsache gewidmet hätten. Er habe oben schon darauf hingewiesen, welche überaus wichtige Bedeutung die Regelung unserer Waltra habe. Mit dem Herbeiholen von Nahrungsmitteln und Futtermitteln und Rohstoffen aus dem Auslande allein sei es deshalb nicht getan, selbst wenn es auch möglich wäre. Man müsse vor allem auch dafür sorgen, daß man auch dem Auslande wieder etwas von unseren Fabrikaten zu bieten vermöge und damit einen Ausgleich schaffe gegenüber den Forderungen des Auslandes für alles das, was man von dort beziehe. Wie der Orient, insbesondere die Türkei und Bulgarien, in die denkbar engste Freundschaft mit uns während des Krieges getreten sei, so würden diese nahen Beziehungen auch in Zukunft anrechenbar erhalten werden müssen. Man erwarte dort die Erleichterung von reichen Quellen, nicht plötzlich, aber nach und nach im Laufe der Jahre für die Zufuhr von Rohstoffen wie für die Schaffung von Absatzgebieten für unsere Exportindustrie. Doch nach und nach die letztere, unsere Exportindustrie, mit der Zeit auch ihre alten Überbeziehungen, wenn auch zunächst mit großen Schwierigkeiten wiederherstellen werde, unterliege ihm bei der geschäftlichen großen Tätigkeit der Exportindustrie keinem Zweifel. Unserer Salutaregelung werde nach dem Kriege besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein, damit die aus natürlichen Gründen während des Krieges eingerissene Entwertung unserer deutschen Geldes gegenüber demjenigen der Auslandsknoten beseitigt und das Verhältnis der deutschen Mark zum Auslandsgelde wieder auf den Stand, der vor dem Kriege üblich gewesen sei, zurückgeführt werde.

Auf einem weiteren Gebiete würden noch erhöhte Arbeitskräfte eingesetzt und sobald wie nur irgendmöglich aus dem Heeresdienst entlassen werden müssen. Er brauche hier nicht des langen sich auszudehnen über die große Koloniarbeit, welche die Kolonien für das gesamte Wirtschaftsleben, für alle großen und kleinen Betriebe, wie für den Haushalt eines jeden Einzelnen, des Reiches wie des Armen, herbeizuführen habe. Und wenn auch Zehntausende von unseren Feldgrauen aus Osten und Westen, aus Süden und Norden vom Heeresdienst beurlaubt seien, um unter Tage und über Tage an Kohlen zu fördern, was ihre Kräfte vermindern, so genügt die herbeizuschaffen Mengen doch bei weitem nicht den Anforderungen, deren Erfüllung die Allgemeinheit wie jeder Einzelne verlange. (Zehr richtig!) Die Zahl der Arbeiter, die in der schweren Arbeit des Bergbaues vor dem Kriege sich betätigt hätten, hätten neben etwa 100 000 aus dem landwirtschaftlichen und Industriebereich das Leben gelassen oder Verletzungen davongetragen, welche die Ausübung ihres Berufs nicht mehr zuließen. Auch hier gelte es, Ersatz zu schaffen in ausgiebigstem Maße. (Zehr richtig!) Die Zahl der notwendigen Arbeitskräfte sei auch auf diesem Gebiete höher als die Zahl derer, die bisher eingesetzt gewesen seien. Viele, die in den Kohlenbergbau künftig erst eintreten, müßten lange Zeit lernen, ehe sie ihre Arbeitskraft voll im Betriebe auszunutzen verständen. Überall würden die Lücken ein Netz von Reservepersonal verlangen, als vor dem Kriege vorhanden gewesen sei.

In Berücksichtigung aller dieser Umstände sei es der Deputation als das Notwendigste erschienen, an die Königl. Staatsregierung das dringende Ersuchen zu stellen, mit aller Kraft dafür einzutreten:

1. daß die zum Heeresdienste eingezogenen Betriebsleiter, Beamten und Arbeiter von landwirtschaftlichen Betrieben, von Kohlenbergwerken und Gruben, sowie von metallindustriellen Unternehmungen und der Exportindustrie vor den Angehörigen anderer Berufszweige mit größter Beschleunigung nach dem Friedensschlusse aus dem Heeresverband entlassen und ihrer berufsmäßigen Beschäftigung wieder zugeführt werden,

2. daß dem Maschinenbau und der Exportindustrie weitere Hilfskräfte aus denjenigen Industrien, die wegen des voraussichtlich längere Zeit andauernden Mangels an Rohstoffen oder aus anderen Ursachen in der Übergangszeit zunächst nur ungenügende Beschäftigung gewahren, zur Verfügung gestellt werden,

3. daß an Stelle der Kriegsgefangenen und der anderen voraussichtlich auf längere Zeit nicht wieder zur Verwendung kommenden außerdeutschen Hilfskräfte Ersatzarbeitskräfte mit möglicher Beschleunigung beschafft werden,

4. daß auch die zur Wiederherstellung von landwirtschaftlichen sachkundigen Handwerker ebenfalls baldmöglichst aus dem Heere entlassen werden.

Er bitte, diesen Antrag anzunehmen. Einen besonderen Gegenstand der Beratung innerhalb der Deputation hätten die Verhältnisse unseres sächsischen Eisenbahnetzes gebildet. Wenn einerseits die Eisenbahnen, wie von Allerhöchster Stelle im Reich und im Lande wiederholt bestätigt worden sei, an dem Aufmarsch unserer Truppen, wie an der gesamten, über alles Lob erhabenen Kriegsführung bis zum heutigen Tage, insonderheit auch an der Beseitigung des Heeres, an der Zuführung der Munition, an der Beschaffung der einzelnen Truppenkontingente vom Westen nach dem Osten oder weit hinaus nach Süden ein nicht hoch genug anzuerkennendes Verdienst hätten, so müsse doch andererseits auch angefaßt werden, daß die drei Kriegsjahre, die bisher voll hinter uns lägen, Anforderungen an die Substanz der Eisenbahnen gestellt hätten, die man in friedlichen Zeiten wohl nicht für möglich gehalten hätte. Die Transporte, die in Hunderttausenden von Wagen unsere Eisenbahnen belasteten, müßten naturgemäß die Schwerkraft, die Drehmomente, das gesamte rollende Material und alles, was drum und dran hänge, in höchstem Maße anstrengen und verbrauchen. Und wenn in friedlichen Zeiten die Abnutzung entprechend die Wiederherstellungarbeiten gleichen Schritt hielten, so sei etwas d. rittiges im Krieg selbstverständlich nicht möglich. Wenn vielleicht auch das Material zur Wiederherstellung zu beschaffen wäre, so fehle es

eben auch hier an den erforderlichen menschlichen Arbeitskräften. Man könne gewiss einzelne den Pant und die Verwunderung nicht unterdrücken darüber, daß es trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, unter welchen die Eisenbahnen zu führen hätten, gelungen sei, die Betriebssicherheit in weitgehendem Maße aufrechtzuerhalten. Man sei aber andererseits auch bei jeder einzelnen Fahrt, die man unternähme, zu fragen, in welcher Weise das Eisenbahnmateriale tatsächlich heruntergewirtschaftet sei. Und man könne demgemäß ermahnen, welche enormen Leistungen von der Eisenbahnverwaltung nach dem Kriege verlangt würden, um alle die notwendigen Wiederherstellungsarbeiten in absehbarer Zeit zustande zu bringen. Jahre würden darüber vergehen, ehe diese außerordentliche Aufgabe gelöst sei; aber es würde im Interesse der finanziellen, wirtschaftlichen und Betriebskraft unserer Eisenbahn liegen, diese Wiederherstellungsarbeiten so schnell wie möglich und in so weitgehendem Maße wie nur erreichbar auszuführen. Auch hierzu bedürfte die Eisenbahnverwaltung der allen Dingen unendlich vieler, die bisherige Zahl der Beschäftigten weit übersteigender Mengen von Arbeitskräften. Diese Arbeitskräfte seien ebenfalls beschleunigt aus dem Heere zu entlassen und für die eben geschiedenen Aufgaben sicherzustellen. Es aber vornehmlich die jetzt vorhandenen Reparaturwerkstätten den außerordentlichen Anforderungen, die nach dem Kriege an die Eisenbahnverwaltung herantraten, nur zu einem Teile genügen würden, so möge die Regierung — das sei der dringende Wunsch der Deputation — schon jetzt dafür sorgen, daß weitere neue Reparaturwerkstätten angelegt oder die vorhandenen wesentlich erweitert würden und daß das erforderliche Material für die dann nach Beendigung des Krieges kommenden Wiederherstellungsarbeiten, soweit irgend angängig, schon jetzt beschafft und bereitgestellt werde. Der allem aber werde es auch unumgänglich nötig sein, daß Ersatz für völlig verbrauchtes Betriebsmaterial und Wagen, deren Reparatur sich später nicht mehr empfehlen, rechtzeitig beschafft und daß daher jetzt schon solche Aufträge für den Neubau von Lokomotiven und rollenden Material erteilt würden, welche die Sicherung geben zu lassen, daß man in der Übergangszeit nach dem Kriege unser Eisenbahnbetrieb mit größtmöglicher Beschleunigung des wirtschaftlichen und Betriebswirtschaftlichen des Landes entsprechend, wieder auf die volle Höhe bringen könne.

Die Deputation stelle daher den Antrag, die Staatsregierung weiterhin zu ersuchen, daß sie

1. zu den ausgedehnten Wiederherstellungs- und Erneuerungsarbeiten auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens die hierzu erforderliche außerordentlich hohe Zahl von geeigneten Arbeitskräften beschleunigt anfordert und sich sichert,
2. soweit irgend angängig, Reparaturwerkstätten schon jetzt erweitert, erforderlichen Falles neue angelegt und das für dieselben erforderliche Material soweit möglich schon jetzt beschafft,
3. schon gegenwärtig weitgehende Aufträge für den Neubau von Lokomotiven und rollendem Material erteilt.

Es bedürfte keiner weiteren Dargelegung, daß die für alle die Väter von ihm geschiedenen kriegsreifen verlassenen Wehrmänner in ihrer Gesamtheit nicht leicht nach Beendigung des Krieges zu beschaffen sein würden, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Anzahl aller zum Heere Eingezogenen nicht selten dem Friedensstande auf einmal erfolge, sondern je nach dem Abbaue der Sicherungsmaßnahmen, die man an militärischen Fronten zu treffen habe, erst nach und nach nur recht allmählich bewirkt werden könne. Es werde in der Tat etwa acht nach dem Kriege aber zunächst nach Aufweisung unserer Deputation an Arbeitskräften fehlen. (Sehr richtig!) Um so notwendig sei es, jetzt schon weitest mögliche Vorkehrungen zu treffen, um bei der Demobilisierung das, was am notwendigsten sei, zu sichern und heranzuschaffen. Die Deputation bete, daß auch diesen Ansuchen die Zweite Kammer ihre Zustimmung nicht verweigere, und habe daher zu diesem Antrag, der die in diesem Angelegenheit der Zweite Kammer zu schaffen. So empfehle dieselben vielmehr ebenfalls der Kammer zur Annahme, wie folgt:

Die Zustimmung der Zweiten Kammer zu den

in bezug auf den Antrag zu erbitten.

Die Deputation nun auch der Abse zung sei, daß etwaige Notstandsarbeiten, wie sie der Antrag der Zweiten Kammer unter A I vorsehe, kaum noch in Rücksicht auf die geschiedenen Verhältnisse in Frage kommen könnten, so hätte sie es doch für angezeigt, keine Differenzen bezüglich der von der Zweiten Kammer angenommenen Anträge zu schaffen. So empfehle dieselben vielmehr ebenfalls der Kammer zur Annahme, wie folgt:

Die Kammer wolle in Übereinstimmung mit den

Bestimmungen der Zweiten Kammer beschließen:

1. die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reich und zur Vorbereitung der nach dem Kriege zu erwartenden Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu treffen, insbesondere
 - A. 1. in der Übergangszeit nach dem Kriege auch als Notstandsarbeiten die Verbesserung ungenügender Ertragsverhältnisse einzelner Landstrichen an Staatsstraßen und namentlich dem Durchgangsverkehr dienender Verkehrswege ausfinden zu lassen und ausreichende Beihilfen an Gemeinden hierzu zu gewähren,
 2. eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, besonders im Gebirge, durch Anlegen neuer Landstraßen durchzuführen, bestehende Straßen auszubauen und bereits im Bauzustande 1918/19 einsetzende Mittel hierzu einzusetzen,
 3. die Einbringung des Wegebaugesetzes zu beschleunigen, dessen wichtigste Aufgabe darin liegen soll, eine gerechtere Verteilung der Wegebau- und Unterhaltungsarbeiten herbeizuführen,
 4. Erwägungen darüber anzustellen, ob eine staatliche Zentrale für den zweckmäßigen Ausbau und die Unterhaltung des sächsischen Straßennetzes, besonders derjenigen Straßen, die den Durchgangsverkehr zu tragen haben, zu schaffen sein wird und den Kammer über das Ergebnis Mitteilung zu machen;
 - B. 1. die für demnächst eintreffenden Bahnlinien in möglichst kurzer Zeit zur Ausführung zu bringen,
 2. den weiteren Zusammenschluß der sächsischen Schmalspurbahnen vorzubereiten und Ausführungspläne nach Bauprogrammen vorzulegen,
 3. die gezielte Regelung des Kleinbahnwesens herbeizuführen und die Entwicklung der Kleinbahnen durch tätiges Eingreifen des Staates zu fördern,
 4. die Schenkungslinien und Durchgangsstrecken zur Hebung des Personen- und Güterverkehrs zu verbessern und dadurch den Anforderungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerecht zu werden,
 5. die Interessen Sachsens hinsichtlich des Durchgangs- und des direkten Eisenbahnverkehrs mit Preußen und Bayern nachdrücklich zu vertreten,
 6. unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Beziehungen Sachsens zu den angrenzenden Gebieten mehr als bisher auszusprechen,
 7. eine strengere Handhabung der §§ 42 und 44 der Reichsverfassung beim Bundesrat erneut zu fordern,
 8. Erwägungen darüber anzustellen, ob zur Erreichung der unter 7. erforderten Forderung der Ausbau unseres Reichseisenbahnnetzes zweckmäßig erscheint und hierüber der Kammer gegebenenfalls nach Einvernehmen mit den Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten erneut Mitteilung zu machen;

C. 1. im Bundesrat die Reichspolitik hinsichtlich des Ausbaues des Wasserstraßennetzes zu unterstützen und dabei die Ausführung der sächsischen Linie des Mitteldeutschen, sowie die Herstellung einer Verbindung zwischen Elbe und Donau anzustreben,

2. ausführliche Vorarbeiten für den Bau des Leipzig—Saale-Kanals im Einvernehmen mit der Leipziger Kanalgesellschaft und den Stadtverwaltungen in Angriff zu nehmen und wegen Beteiligung der preussischen Regierung mit dieser in Verbindung zu treten;

D. 1. eine Neuorganisation der dem Handel mit dem Auslande dienenden Reichsbehörden weiter zu erörtern und für eine etwa erforderliche Reform sofort nach Wiederkehr friedlicher Zustände einzutreten und hierbei die Gründung einer selbständigen Zentrale für Handel, Industrie und Schifffahrt ins Auge zu fassen,

2. für Vermehrung der Konsulate und den Ausbau dieser sowie der Einrichtung der Handelsfachverbände, sowie für die Förderung des Reichsdiplomatenwesens einzutreten,

3. regierungstreu in Zukunft auf eine ständige Fühlungnahme mit den im wirtschaftlichen Leben stehenden besonderen Wert zu legen,

4. für die Vorbereitung der neuen Handelsverträge die Interessen des sächsischen Wirtschaftslebens zu sichern und Maßnahmen zu ergreifen, die eine erfolgreiche sachverständige Vertretung ermöglichen,

5. der Aufrechterhaltung der sächsischen Vertretung im Reich erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen;

II. die zum Antrag Güssert und Gen. eingegangenen Petitionen auf sich beruhen zu lassen.

Im einzelnen möchte er noch folgendes zu den Anträgen der Zweiten Kammer bemerken:

Besonders habe sich die Deputation mit der Regelung des Kleinbahnwesens beschäftigt — er bitte B 3 hier zu betonen — und darauf hingewiesen, daß Sachsen auf diesem Gebiete noch ziemlich zurück sei und durch das viele, jetzt zu Kriegszwecken verwendete Kleinbahnmaterial in die Lage komme, weitreichenden Wünschen für die Zukunft zu entsprechen. Es sei bekannt, welche enorme Bedeutung das Kleinbahnwesen in diesem Kriege an und hinter der Front gewonnen habe. Unendlich große Mengen von Betriebsmaschinen und Material mit 75 cm Spurweite und darunter kamen in den Kriegsbetriebsbetriebe und kamen zu einem großen Teil nach dem Kriege zur Abgabe. Ihm sei bekannt, daß seit langem schon in Berlin Verhandlungen hierüber gepflogen würden und daß u. a. die Bildung von Genossenschaften oder sonstigen Verbänden zur Anlegung und Ausnutzung von Kleinbahnen in einzelnen Teilen des Reiches schon im Werke sei. Auch unser Kriegsministerium habe bereits eine Abteilung für Demobilisierung gebildet, und es werde deren Aufgabe sein, dafür mit sorgen zu helfen, daß unserem Sachstande von dem vielen vorhandenen, wirtschaftlich in hohem Maße auszunutzenden Material große Bestände zugeführt werden. Er betone nochmals, daß solche Bestrebungen schon am deutlichsten besonders zu fördern und zu unterstützen seien, weil das vorhandene Spannungsnetz auch nach dem Kriege noch nicht entfernt wieder den vollen Bedarf an solchen decken werde. Die Erfahrungen, die man in anderen Teilen des Reiches bereits gemacht habe, ergäben im übrigen, daß die Befriedigung des einzelnen Kriegsergebnisses mit Hilfe solcher Kleinbahnen viel billiger zu bewerkstelligen sei als mit dem bisherigen gewöhnlichen Fuhrwerk. Auch darauf möchte er hinweisen, daß nach dem Kriege, daß neben großen Mengen von Kleinbahnmaterial auch Lokomotivmaterial in beträchtlicher Anzahl nach dem Kriege zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch an diese müsse jetzt schon gedacht werden. Jetzt schon müßten sich Organisationsarbeiten bilden, welche die Anschaffung und Anmietung von Kraftwagen für wirtschaftliche Betriebe betreffen. Man könne gar nicht früh genug auf diesem Gebiete aufstehen und seine Wünsche zum Ausdruck bringen, damit man nicht hinterher — das Nachsehen habe. Was die Anträge der Zweiten Kammer unter B 4 anbelange, so stimme die Deputation darüber zu, wie sie auch die Übergangszeit habe, daß dringendere Anforderungen die nötigen Arbeitskräfte nicht so bald nach Schluß des Krieges zu der gewöhnlich zu Befriedigung der Sachverständigen und Durchgangsstrecken kommen lassen würden. Es entspräche weiter einem alten Wunsche der Kammer, der auch durch ihn als Referenten für Eisenbahnen wiederholt schon zum Ausdruck gebracht worden sei, daß nach dem Antrage B 5 die Interessen Sachsens hinsichtlich des Durchgangs- und direkten Eisenbahnverkehrs mit Preußen und Bayern nachdrücklich vertreten würden. Der allgemein gehaltenen Aufforderung an die Regierung unter A. 6, unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Beziehungen Sachsens zu den angrenzenden Gebieten mehr als bisher auszusprechen, stimme sie selbstverständlich zu. Punkt 7 der Anträge der Zweiten Kammer unter B. 7 verlange eine strengere Behandlung der §§ 42 und 44 der Reichsverfassung. Diese strengere Handhabung solle beim Bundesrat erneut gefordert werden. Auch aus der Mitte der Eisen Kammer sei diese Anregung wiederholt in lebhafter Weise zum Ausdruck gekommen. In diesem Hause sei wiederholt schon zum Ausdruck gebracht worden, daß die Wünsche, die unsere sächsische Staatsbahnverwaltung insbesondere gegenüber der preussischen habe, mit möglicher Energie vertreten werden zu dürfen, und er könne auch heute nur der Erwartung Ausdruck verleihen, daß die sächsischen Interessen von unserer Regierung in Zukunft auch auf diesem Gebiete nachdrücklich vertreten werden möchten. Punkt 8 der Anträge unter B. behandle die Frage eines möglichen Ausbaues des Reichseisenbahnnetzes. In der Deputation, er möge sein Wort darauf, habe diese Anregung keine besonderen Sympathien gefunden. Da aber der Antrag der Zweiten Kammer an die Regierung nur dahin gehe, Erwägungen darüber anzustellen und hierüber der Kammer gegebenenfalls nach Einvernehmen mit den Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten erneut Mitteilung zu machen, habe sie, ebenso wie die Regierung seinerzeit in der Zweiten Kammer, auch kein Bedenken zu tragen, dem Plenum vorzuschlagen, diesem Punkt zustimmen.

Er komme zu den Anträgen unter C, die sich mit der Wasserstraßenspolitik beschäftigen. Die Bedeutung der Wasserstraßen sei gerade in den letzten Monaten besonders scharf in die Erscheinung getreten. Wer hätte z. B. gedacht, daß jemals vorgeschrieben werden könnte, daß der Gütertransport von an der Elbe liegenden Bundesstellen unseres Sachsens nach Berlin nicht mehr auf der Eisenbahn, sondern auf dem Wasserwege stattfinden müßte. Wasserstraßen würden vielfach in der Zukunft als eine notwendige Ergänzung unseres Eisenbahnnetzes angelegt und ausgenutzt werden müssen. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit habe aber unsere Regierung der Verbindung zwischen Elbe und Donau zu schenken. Es müsse unter allen Umständen gefördert werden, daß diese Verbindung sobald wie möglich hergestellt werde, damit bei dem zu erwartenden starken Verkehr zwischen den bisher verbündeten Mittelstaaten Sachsen nicht ausgeschlossen werde. Da aber dieser Verkehr schon wegen der Vorbildung vielfach die Wasserwege benutzen werde, so sei die Herstellung der Verbindung Elbe—Donau eine absolute Notwendigkeit für unser Land, wenn Sachsen von dem großen Verkehr nach dem Orient nicht ausgeschlossen sein wolle. Unter Nr. 3 von Punkt C würden ausführliche Vorarbeiten für den Bau des Leipzig—Saale-Kanals verlangt. Die Deputation sei der Ansicht, zu empfehlen, diesem Verlangen durchaus beizustimmen. Leipzig warte seit Jahrzehnten auf die erlebte Wasserbindung (Vizepräsident Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Dittich: Sehr richtig!) Über die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Verbindung brauche kein Wort weiter verloren zu werden. Der Wert einer solchen Wasserbindung wachse selbstverständlich für die größte Stadt unseres Landes mit dem Ausbau

eines ausgedehnten Wasserstraßennetzes, das sich bis nach dem fernem Osten erstrecken solle, noch besonders. Unter den weiteren Anträgen der Zweiten Kammer verlange Lenzinger unter D 1 eine Organisation der dem Handel mit dem Auslande dienenden Reichsbehörden und insbesondere die Gründung einer selbständigen Zentrale für Handel, Industrie und Schifffahrt. Diesen schon lange Zeit aus den verschiedensten wirtschaftlichen Kreisen lautgekommenen Wünschen sei in der Hauptsache durch die vor kurzem erfolgte Trennung des Reichsamts des Innern und die Schaffung eines Reichswirtschaftsamtes, das dem bisherigen Oberbürgermeister von Straßburg, Schwauber, unterstellt sei, entsprochen worden. Gerade die nach dem Kriege kommende Übergangszeit werde erweisen, wie dringend notwendig die Trennung der Aufgaben des Reichsamts des Innern auf diesem Gebiete gewesen sei. Wenn man dem neuen Reichswirtschaftsamte auch die Pflege der sozialen Aufgaben gleichzeitig mit übertragen habe, so sei dies zweifellos in der Hauptsache deshalb geschehen, weil Wirtschafts- und Sozialpolitik nun einmal untrennlich miteinander verbunden seien und eine einheitliche Leitung beider Geschäftsbereiche die Sicherheit dafür gebe, daß ein gerechter Ausgleich der sich oft konfliktierenden Interessen sich finden werde. Was die unter D 3 verlangte Vermehrung der Konsulate, deren Aufbau und die Einrichtung von Handelsfachverbänden anbelange, so könne auch hier die Deputation der Kammer nur die Zustimmung empfehlen. Schon seit einer Reihe von Jahren sei bei den Beratungen der Deputation darauf hingewiesen worden, daß eine Vermehrung der Vertretung Sachsens insbesondere im Interesse unserer Industrie und unseres Handels angezeigt sei. Insbesondere habe man darauf aufmerksam gemacht, daß auch unser engeres Vaterland eine solche Vertretung in den Handelsstädten und vor allen Dingen in Hamburg mehr und mehr aufbaue. Es werde, wie auch die Regierung bei den Deputationsberatungen anerkannt habe, an solchen Stellen auch die Einstellung von jüngeren Beamten als Hilfsarbeiter möglich sein, welche die dort gewonnenen Kenntnisse später in anderen Diensten unseres Vaterlandes zum Nutzen seiner wirtschaftlichen Entwicklung gut verwenden könnten. Auch für die vermehrte Einstellung von Handelsfachverbänden bei den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen des Reiches habe sich die Deputation auf das allerentschiedenste ausgesprochen. Insbesondere werde die Regierung darauf Bedacht nehmen müssen, daß bei den in Frage kommenden Reichstellen Handelsfachverbände aus unserem engeren Vaterlande, die mit den bezüglich u. Verhältnissen auf das Beste vertraut seien und schon ihrer Herkunft wegen das größte Interesse hätten, der wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens zu dienen, künftig in erhöhter Zahl eingestellt würden. Sächsischer industrieller Entwicklung, die durch den Krieg auf manchem Gebiete naturgemäß habe im Stoden geraten müssen, verlange gerade für die Übergangszeit solche besondere Hilfe, um die Schäden bald wieder wett zu machen. Daß die Zahl solcher Sachverständiger gegenüber der jetzt vom Reich für die auswärtigen Vertretungen Sachsen ganz wesentlich erhöht werden müsse, verheißt sich von selbst. Die Vorbereitungen auf Verbesserung des Nachrichtenverkehrs vom und zum Auslande seien so alte und wohlbedachte und sie seien so oft schon ausführlich begründet worden, daß es keines weiteren Wortes bedürfte, wenn sich die Deputation auch dieser Forderung anschließen. Angenehm sei eine selbstverständliche Forderung die unter D. 3 verlangte ständige Fühlungnahme der Regierung mit den im wirtschaftlichen Leben stehenden. Man sei ja längst davon abgekommen, daß nur der zuständige Beamte die wirtschaftliche Lage objektiv beurteilen könne. Ohne die Männer, die mitten in der Praxis ständen, die den wirtschaftlichen Pulsschlag an sich selbst fühlten, gehe es nun einmal nicht ab, und man könne mit Fremden konsultieren, daß unsere Regierung die Fühlungnahme mit den Männern der Praxis schon oft gefehlt und gefunden habe. Eine weitere Ausdehnung dieser engen Fühlungnahme halte die Deputation im Interesse unseres wirtschaftlichen Lebens für durchaus angezeigt. Daraus folge aber von selbst, daß auch bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge die unter Nr. D 1 verlangte sachverständige Vertretung in an geeigneter Weise zu erfolgen habe. Es sei selbstverständlich, daß die sächsische Regierung bemüht sein müsse, insbesondere bei der Vorbereitung der neuen Handelsverträge die Interessen des sächsischen Wirtschaftslebens ausgiebig zu sichern. Das solle ihre uneingeschränkte und mit aller Energie zu verfolgende Aufgabe sein. Bei den Beratungen der Deputation sei noch besonders hervorzuheben, daß das Einvernehmen mit den im Wirtschaftsleben stehenden auch so zeitig erfolgen müsse, daß eine ruhige, sachliche und vollständige Beratung über die einzelnen in Frage kommenden Punkte tatsächlich auch möglich sei.

Er komme endlich zum letzten Punkte der Anträge der Zweiten Kammer, der verlange, daß der Aufrechterhaltung der sächsischen Vertretung im Reich erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden möchte. Auch hierzu begegneten sich die in der Zweiten Kammer vertretenen Ansichten mit denen, die insbesondere in der zweiten Deputation der ersten Kammer wiederholt lebhaft zum Ausdruck gebracht worden seien. In deren Freude sei es g. lungen, durch Verzeichnung unserer sächsischen Vertreter in Berlin auf diesem Gebiete voranzutreten. Zur besonderen Beachtung habe sich ein früheres Wort der Kammer, daß seit vergangener Jahre in die Vertretung Sachsens beim Bundesrat eingetreten sei, aufs trefflichste bewährt. Die Deputation habe aber die Überzeugung, daß auf die Parte und insbesondere in der Zeit der Übergangswirtschaft die jetzt nach Berlin entsandten Kräfte unserer Regie auch noch nicht ausreichen würden, um in dem notwendigen vollen Maße die sächsischen Interessen zu vertreten. Dabei möge man sich nicht anlässlich an die Anciennität der Beamten halten, sondern auch jüngere Kräfte herausgreifen, in deren Mitte vielfach besonders tüchtige Kräfte vorhanden seien. Gerade der Krieg habe gelehrt, daß man das Beste nehmen solle da, wo es tatsächlich vorhanden sei, ohne anzuhängen an gewisse in der Vergangenheit geübten Gewohnheiten. Er könne zum Schluß zugleich mit der Bitte um Annahme der Anträge nur dem aufrichtigsten Wunsch Ausdruck geben, daß alle nach einer vollständig recht baldigen sächsischen Beendigung des Krieges zu treffenden Maßnahmen dazu führen möchten, daß die schweren Schäden, die der Krieg unserem Wirtschaftsleben zugefügt habe, baldigst geheilt werden möchten, daß neues blühendes Leben überall gemehrt und gefördert werde und daß Sachsen einer glücklichen, geblühenden Zukunft entgegenstehe! (Lebhaftes Bravo!)

Vizepräsident Geh. Rat Oberbürgermeister Dr. Dittich—Leipzig weist auf Grund der Erfahrung und des Verlaufs der letzten Leipziger Ratssitzung darauf hin, daß der Bedarf an Waren für das Ausland ungemein groß sei, und daß sich auf diesen Erfahrungen heraus am hien lassen, daß dieser Bedarf auch für die Zukunft bestehen bleibe. Er möchte deshalb den Wunsch, der seitens der Deputation zum Ausdruck gebracht worden sei, daß die Exportindustrie nach jeder Richtung unterstützt und gefördert werden möchte, noch ganz besonders betonen. Diese Förderung sei insofern von besonderer Bedeutung, als es ja Exportindustrien gebe, welche die Rohstoffe bereits jetzt schon zur Verfügung hätten und auch nach Beendigung des Krieges zur Verfügung haben würden. Er denke da in erster Linie an die Porzellanindustrie, weiter an unsere Maschinenindustrie und an unsere Spielwarenindustrie, Induskrien, die ja gerade in Sachsen in erheblichem Maße vertreten seien. Daß diese gefördert würden, sei von ungemein großer Bedeutung, und dazu werde ja auch beitragen, daß unsere Eisenbahnverbindungen, wie der Dr. Reichertstatter hervorgehoben habe, die ja jetzt noch sehr viel zu wünschen übriglassen, verbessert würden. Dazu werde aber auch beitragen, daß unsere Wasserverbindungen in der Zukunft ganz anders ausgebaut würden. Es werde drängen im Lande und besonders auch in der Stadt Leipzig mit besonderer

Freude und Befriedigung begrüßt werden, daß Se. Excellenz der Dr. Finanzminister bereits ausdrücklich die Bedeutung der Wasserwege anerkannt habe. Es sei daraus zu entnehmen, daß nunmehr ein ganz anderes Leben in diese Frage kommen werde und daß doch in absehbarer Zeit die so bedeutungsvolle Frage zu einer guten Lösung gebracht werde.

Von großer Bedeutung auch für die Industrie wie überhaupt für unser gesamtes Volkleben sei ferner die Kohlenfrage, die der Dr. Berichterstatter auch in seinen Ausführungen in ihrer großen Bedeutung geschildert habe. Die Versorgung, die augenblicklich in die Wege geleitet worden sei, genüge nach dem, was er darüber wisse und was er aus seinen eigenen Erfahrungen entnehmen müsse, in alle Wege nicht. Es müsse entschieden alles getan werden seitens des Reiches zunächst, daß die Zufuhr, insbesondere in die großen Städte, in ganz anderer Weise geschehe, als das bis jetzt der Fall sei; es müßten viel größere Mengen zugeteilt werden, als bisher geschehen sei. Bei allen Dingen — und daran liege es ja, wie auch im Bericht schon betont worden sei — müsse die Förderung ganz wesentlich erweitert werden, und wenn in dieser Beziehung auch nur in beschränktem Umfange sich beteiligen könne, so würden doch weite Kreise unserer Bevölkerung der Staatsregierung sehr dankbar sein, wenn mit dem Aufhören unserer Raubzüge Beurlaubungen recht beschleunigt vorgegangen werde, jedenfalls alles getan werde, daß die Abraumarbeiten in Angriff genommen werden, sobald wieder die genügenden Kräfte zur Verfügung kämen, der Abbau erfolgen könne. Auch sei ja wohl zu hoffen, daß die neuverordneten Grube vornehmlich für den Landestrieb, der in Frage komme, schon einstmals durch erweiterten Betrieb mithelfen könne und dadurch eine Entlastung der übrigen Landestriebe herbeiführe. Die Kohlenfrage sei eine derartig ernste, daß gar nicht genug getan werden könne, um sie zu lösen. (Sehr richtig!)

Doch bei dem geringen Prozentsatz, den an sich die Gasergzeugung von unseren gesamten Kohlenmengen beansprucht, doch eine derartige Einschränkung des Gasverbrauchs veranlaßt werden sei, sei nicht ganz leicht zu begreifen. Der Prozentsatz sei so sehr verschwindend, daß man die große Beunruhigung, die in unsere ganze Bevölkerung durch die Beschränkung des Gasverbrauchs gebracht worden sei, wohl hätte vermeiden können. (Sehr richtig!)

Aber die Voraussetzung, der Zweck der Anträge, die zur Beschleunigung unterbreitet würden, sei ja der, daß man fordern wolle eine gezielte wirtschaftliche Entlastung unseres Volkes nach dem Kriege. Voraussetzung aber für einen vollen Erfolg dieser Anträge sei, daß man auch wirklich einen festen Frieden bekomme. Wenn man unter dem Stichwort: „Fester Friede keine Pak“ Frieden verstehen wolle, so würde das zu den schmerzlichen Folgen für unser Volk führen, so schlimm, daß eigentlich nicht recht zu begreifen sei, daß man sich über diese Folgen noch nicht in allen Kreisen die nötige Klarheit verschafft habe. (Lebhaftes Sehr richtig!) Denn wer seien die Hauptleidtragenden dann? Das seien jedenfalls unsere weiten Arbeiterkreise. Die wird man am allergeringsten zu tragen haben. Der Dr. Berichterstatter habe schon mit Recht darauf hingewiesen, daß selbst bei einem festen Frieden, wie er ihm wünsche, nicht damit zu rechnen sei, daß die Einfuhr an Rohstoffen sofort eine entsprechend günstige werde, daß eine Vermehrung der Rohstoffmittel eintreten werde. Man müsse man sich aber Harmsuchen: Wenn man einen Frieden wünsche, der nicht als fester Frieden angesprochen werden könne, wie man dann von unsern Feinden behandelt werde! Dann werde der Feind die Wiederaufbau, die man jetzt gegen Deutschland ins Werk gesetzt habe, erst recht fortsetzen und außerdem unsere gesamte Industrie und unseren Handel in einer Weise bedrängen, daß Deutschland auf Jahrzehnte hinaus die schwersten Bedrücknisse durchzumachen habe. Er glaube, man könne den Ausführungen, die der Dr. Finanzminister bei den Beratungen in der jetzigen Kammer gemacht habe, nur allenthalben zustimmen. Mit Recht habe der Dr. Finanzminister betont, daß, da doch Deutschland wahrscheinlich nicht an dem Kriege irgendeine Schuld trage, es von Gottes und Rechts wegen den unbefristeten Anspruch habe auf volle Entschädigung für die durch den Krieg erlittenen Verluste. (Sehr richtig!) Um diesen festen Frieden zu erlangen, müsse das deutsche Volk mit Gedulde weiter durchhalten. Dann könne es auch mit Vertrauen in die Zukunft blicken. (Lebhaftes Bravo!)

Staatsminister v. Seydewitz

(nach den stenographischen Niederschriften):

Meine sehr geehrten Herren! Der geehrten Deputation ist aufrichtiger Dank dafür zu sagen, daß sie in einer systematischen Übersicht die Erfordernisse zusammengefaßt hat, die zur Lösung und Sicherung unserer Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege angeht. Ich werde nunmehr als dreijährigen Dauer erfordere sich erweisen.

Die Regierung hat in der heißen Sorge um die Wohlfahrt unseres Landes diese Fragen der- mit größtem Eifer bearbeitet, und sie hat es nur zu begründen, wenn sie zu dieser Arbeit auch von Männern, die unmittelbar im praktischen Leben stehen, Anregungen gegeben werden.

Der große Plan, die Versorgung des Landes mit elektrischem Strom in Staatshand zu verstaatlichen, den die Regierung noch während des Krieges unter Zustimmung der Ständeverammlung in Angriff genommen hat, verdankt seine Entstehung in erster Linie der Absicht, die Wirtschaft unseres Landes durch Wiedereingangs der Produktionskosten in der bedeutungsvollen Zeit des Überganges in die kommenden Friedensjahre beim Wiederaufbau unserer Industrie- und unserer Ernährungswirtschaften bei dem Mangel an Ausfuhr ersparnisbringend zu unterstützen und zu fördern.

Und ebenso war für das Vorgehen der Regierung zur Sicherung der noch unehobenen Kohlenreserven des Landes, durch deren Abführung in Staatshand der Gedanke maßgebend, daß nur auf diese Weise aus der Krise der jetzt dringend nötige höchste wirtschaftliche Nutzen für die Allgemeinheit des Landes gewonnen werden könne.

Wenn nunmehr der vorliegende Bericht nach Abschnitt O zu gezielte Weiterführung unserer gesamten Volkswirtschaft die baldigste Wiederherstellung normaler Förderverhältnisse der Kohlen als notwendig erklärt, so ist dem lediglich zuzustimmen, und ich kann hinzufügen, daß die Regierung auf den dem Staate gehörigen Gründen bereits alles getan hat, um das Kohlenangebot zur Milderung der Kohlenknappheit zu sichern und zu vergrößern. So wird schon jetzt auf der neu erworbenen Grube vormalig Herkules bei Jütten mit einer Belegschaft von mehr als 800 Mann unter Verwendung mehrerer hundert Arbeiter gearbeitet; und darüber wird die Förderung der Kohlföhrer und vor allen Dingen auch die Herstellung von Beletts, die für den Dauerbrand überaus wichtig sind, in großem Maße verstärkt und jedenfalls wesentlich verstärkt gegen die letzte Zeit und gegen die Zeit, ehe das Werk in Staatshand übergegangen war.

Auch sonst widmet die Regierung, wie es der Dr. Vizepräsident schon als nötig bezeichnete, der Frage der Kohlenförderung die größte Aufmerksamkeit. Es wird Gelegenheit gegeben sein, bei dem demnächst bevorstehenden Besuch des neuen Vorstandes des Reichsamtes diese unsere Sorgen in nachdrücklicher Weise zu dessen Kenntnis zu bringen. (Bravo!)

Auch die Eisenbahnverwaltung hat Sorgen um die Beschaffung ihrer Kohlen, und ich kann Ihnen nur mitteilen, daß wir deswegen in lebhaftesten Verhandlungen mit dem zuständigen Reichskohlenkommissioner stehen. Es wird also tatsächlich der Kohlenfrage die größte Beachtung geschenkt, die sie auch, wie ohne weiteres einleuchtet, in diesem Maße verdient.

Selbstverständlich wird es aber auch die ernste Sorge der Regierung sein müssen, nach dem Kriege, wenn die jetzt mit-

täckerheits gestellten Kräfte in Wegfall kommen, für geeigneten Ersatz besorgt zu sein, und sie wird dem gleichen Bestreben der Privatlokomotive gern ihre Unterstützung leisten.

Nicht minder wichtig ist natürlich die Sorge der Regierung für volle Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des für das Gedeihen des Wirtschaftslebens hervortretend maßgeblichen Eisenbahnbetriebes, und es wird hier um so mehr alles nur immer Mögliche vorzusehen sein, als nach meiner vollen Überzeugung die Aussicht auf einen für Deutschland günstigen Frieden angesichts der großartigen, alle Hebelnden der Vergangenheit übersteigenden Leistungen und Erfolge unseres Heeres und unserer Marine täglich mehr und mehr zunimmt und an sicherem Boden gewinnt. (Lebhafter Beifall!) Wie dürfen also ungeachtet aller von Reid und Hoff erfüllten Ermahnungen unserer Feinde nach Kriegsende auf ein ganz außerordentliches Wiederaufleben unseres Wirtschaftslebens hoffen. (Sehr gut!) Dessen Anforderungen nach Kräften getreue zu werden, ist die verantwortungsvolle Aufgabe aller besten Organe.

Diese Aufgabe ist aber gerade auch im Eisenbahnwesen um desto wichtiger, weil in der Unruhe der Kriegsjahre die Betriebsmittel und Anlagen der Eisenbahn allerdings in ganz außerordentlichem Maße in Anspruch genommen worden sind, und manche Wiederaufbauarbeiten, die in Friedenszeit geleistet worden wäre, unterbleiben mußten.

So ist es richtig, wie der Dr. Berichterstatter eben erwähnt hat, daß insbesondere die Gleisanlagen, die Lokomotiven und Wagen während des Krieges in hohem Maße abgenutzt worden sind. Doch möchte ich, obwohl es der Dr. Berichterstatter bereits getan hat, zur Veranschaulichung der Öffentlichkeit auch meinerseits hervorheben, daß die Verwaltung — ungeachtet aller Erschwernisse und insbesondere trotz der Abgabe zahlreicher Personal zum Heere und in die besetzten Gebiete — es erreicht hat, daß die Gleisanlagen und die Fahrzeugmittel jederzeit in betriebsfähigem Zustande erhalten worden sind. Auch jetzt ist alles getan worden, um die Betriebssicherheit zu gewährleisten: So sind die nötigen Gleisunterhaltungsarbeiten, insbesondere auch die Gleisunterhaltung auf den Schmalspurbahnen, in der planmäßigen Weise weitergeführt worden. Ebenso haben die regelmäßigen Untersuchungen der Brücken und sonstigen Fundamente der Eisenbahn durchgeführt. Die notwendigen Wiederaufbauarbeiten an den Lokomotiven, Tendern und Wagen haben allerdings zeitweilig wegen Personalmangels unterbrochen werden müssen, und infolgedessen haben die zum Betriebe nötigen Lokomotiven nicht immer voll zur Verfügung gestanden. Die Verwaltung hat indes, um dem abzuhelfen, kein Opfer gescheut: zur Beschleunigung der Untersuchungsarbeiten ist in einigen Werkstätten zeitweilig Personal eingestellt worden, auch sind im Laufe des Krieges zahlreiche Werkstättearbeiter, die an die Front abgegeben worden waren, zurückgeführt worden und zur Ergänzung des Personals mit militärischer Hilfe Erhaltungswerkstätten eingesetzt worden. Durch diese Maßnahmen hat sich der Reparatur- und der Lokomotiven- und Wagenbestand wieder gehoben, daß er jetzt nicht allzuweit hinter dem Stande der Reparatur in Friedenszeiten zurückbleibt. (Bravo!)

Daß die Personalfragen sich jetzt in ihrer äußeren Erscheinung und ihrer inneren Einrichtung nicht immer in vollkommenem Maße zufrieden befinden — der Dr. Referent bezeichnet die Wagen als heimatgewirtschaftet — ist zuzunehmen. Die Verwaltung hat aber — übrigens in Absprache mit den übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen — gestrebt, sich bei der Unterhaltung der Personalwagen auf die Erhaltung ihrer betriebsfähigen Zustände zu beschränken und die tadellose Erhaltung der mehr der Bequemlichkeit des Publikums dienenden Einrichtung anzugehen. Die Erhaltung der Betriebsmittel für den Güterverkehr zu fördern. Abgesehen würde es zurzeit auch gar nicht möglich sein, die Personalwagen sämtlich in tadellosem Zustande zu erhalten, weil die erforderlichen Mengen von Holz, Farbe, Leder, Stoffen usw. nicht zur Verfügung stehen. Es erscheint im Interesse der Bequemlichkeit und der Volksernährung in der Tat notwendig, die Werkstätten in erster Linie für die Erhaltung der Lokomotiven und Güterwagen in Anspruch zu nehmen.

Zunächst kann es nicht zweifelhaft sein, daß nach dem Kriege Wiederaufbau-, Ergänzungs- und Erneuerungsarbeiten auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in sehr bedeutendem Maße vorzunehmen sein werden. Die Eisenbahnverwaltung hat daher bereits jetzt Schritte getan, um nach Kriegsende nicht nur das zur Bewältigung des ablaufenden — wie ich schon sagte — in der nächsten Nähe zu erwartenden Betriebes nötige Personal, sondern auch die zur Vornahme der geschätzten Reparaturarbeiten erforderlichen Kräfte zur Verfügung zu haben. Auch der vom Dr. Referenten beantragte Erweiterung der Eisenbahnwerkstätten wird lehrreichend die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Vergrößerung der Werkstätten in Dresden, Triebischtal, für die Mittel im außerordentlichen Staatshaushalt 1914/15 und im Nachtragshaushalt 1916/17 vorgezogen worden sind, wird in nächster Zeit vollendet werden. Sie ist, wie Ihnen aus der Beschreibung in diesem hohen Hause von voriger Woche in Erinnerung sein wird, gegen den ursprünglichen Plan noch um weitere 350 qm vergrößert worden. Die Erweiterung der Werkstätten in Leipzig-Engelsdorf ist bereits in der Hauptsache fertiggestellt, ebenso sind die neuen Jüterbog-Werkstätten zum größten Teile vollendet und zur Hälfte in Betrieb genommen worden. Die Chemnitzer Werkstätte hat bei Gelegenheit des Wiederaufbaus der vor einigen Jahren abgebrannten Teile beträchtliche Verbesserungen und auch eine gewisse Vergrößerung erhalten. Sodas die Leistungsfähigkeit auch dieser Werkstätte erhöht worden ist. Ferner sind mehrere kleinerer Betriebswerkstätten, z. B. in Leipzig, Weidenau und Wehr, erweitert worden, die bestimmt sind, kleinere Reparaturen zunächst schnell zu erledigen und damit die großen Werkstätten zu entlasten und zugleich die Verluste von den jetzt doppelt nötig gebrauchten Wagen dahin zu erholen.

Überhaupt darf man sich der Hoffnung hingeben, daß die Eisenbahnwerkstätten bereits in ihrem derzeitigen Umfange zur Aufnahme vermehrter Unterhaltungsarbeiten vollkommen imstande sind. Zeitungsberichte sind zur Zeit erwohnen, es nicht für den nächsten Haushalt Mittel für weitere Vergrößerungen der Werkstätten eingestellt werden sollen. (Sehr gut!)

Hand in Hand mit der Wiederherstellung der vorhandenen Betriebsmittel geht naturgemäß die Sorge um deren angemessene, dem zu erwartenden Verkehr entsprechende Vergrößerung, und es ist dem Antrage unter E 3, „sich gegenwärtig wichtige Aufträge für den Neubau von Lokomotiven und tendenden Material zu erteilen“, bereits in großem Umfange entsprochen worden. Es trifft sich gut, daß auf der heutigen Tagesordnung der hohen Hauses eine Ergänzungsbefehl für Lokomotiven steht, die teilweise durch Beschaffung älterer Maschinen, als zunächst beabsichtigt, veranlaßt worden ist, und ferner eine Position für Vergrößerung der Wagen, der im wesentlichen die Reibbeschaffung von 449 Güterwagen zugrunde liegt.

Sou den in dem ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushalt 1916/17 vorgezogenen vollständigen Ersatzbetriebsmitteln sind 120 Lokomotiven, 69 Tender und 6879 Güterwagen im Gesamttratte von rund 50 Mill. M. an die betreffenden Fabriken vergeben und zum Teil bereits geliefert worden; es ist aber auch in Gemäßheit der in Kap. 16 Titel 13, 4 der Regierung erteilten Ermächtigung wegen Vorausbestellung weiterer 70 Lokomotiven und 40 Tender im Gesamttratte von rund 7500000 M. zu Lasten des künftigen ordentlichen Haushalts 1918/19 das Erforderliche bestellt worden.

Zugleich hat der Bau von Personalwagen bis auf die Fertigstellung von 10 in den eigenen Werkstätten zu erbauenden Wagen 4. Klasse bis auf weiteres zurückgestellt werden müssen, da die

Fabriken nicht mehr leisten können, und überdies, wie schon An- geführt, die Beschaffung eines großen Teiles der dazu nötigen Materialien jetzt und in der nächsten Zeit nicht leicht ist.

Für den Haushalt 1918/19 ist die Einstellung von sehr erheblichen Mitteln zur Beschaffung von Lokomotiven und Wagen in Aussicht genommen. (Sehr gut!)

Der Wunsch konsequenter Anwendung, sich von den schmal- spurigen Betriebsmitteln, die jetzt an der Front mit bestem Erfolge verwendet werden, für den Fall ihres Freiwerdens einen angemessenen Teil zu sichern, wird die Verwaltung gern nachgehen.

Gegenüber den Ausführungen des Hrn. Berichterstatters zu den Beschlüssen der Zweiten Kammer darf ich im allgemeinen auf die schriftlichen Äußerungen der Regierung, wie sie in dem Bericht der Finanzdeputation B Nr. 467 abgedruckt worden sind, und auf die mündliche Erklärung der Regierung in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 11. Juli 1917 Bezug nehmen. Ich möchte Ihnen nichts Wesentliches hinzufügen.

Nur das eine möchte ich noch bemerken, daß die Regierung den Kanalfragen künftig eine noch größere Aufmerksamkeit zuwenden wird als bereits bisher, da es sich gerade in der Kriegszeit gezeigt hat, wie wichtig es ist, neben den durch Kriegstransporte aller Art belasteten Eisenbahnen in leistungsfähige Wasserstraßen zur Verfügung zu haben, Wasserstraßen, die dann vornehmlich zur Versorgung der heimischen Bevölkerung benutzt werden können.

R. D.: Der Kreis der behandelten Fragen ist ein sehr großer. Ein reiches Maß von Arbeit steht den beteiligten Verwaltungen bevor. Ich darf aber wiederholen, daß die Regierung vor der Größe der Aufgaben nicht zurückbleiben, sondern alles dazusetzen wird, die Volkswirtschaft unseres Landes nach Friedens- schluß nach aller Möglichkeit zu heben und zu fördern. (Sehr gut!) Nach der harten Kriegsarbeit wird auch die Friedensarbeit nicht leicht sein, nicht leicht für die beherrschenden Stellen, nicht leicht aber auch für die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeitsfreudigkeit und Loyalität unserer Arbeiter geben uns aber die feste Zuversicht, daß auch diese Friedensarbeit mit vollem Erfolge geleistet werden wird. (Bravo!)

Wäre es unserem Lande vergönnt sein, sich nach Eintritt eines ehrenvollen und die dringend nötigen Entschädigungen bringenden Friedens (Lebhaftes Bravo!), an dessen Erreichung ich nach der ständigen Kriegslage nicht zweifle, auf neue Entschäner und geistlicher politischer wie wirtschaftlich Grundlage (Sehr gut!) und geführt durch die hingebende Arbeit der deutschen Arbeiter und Soldaten die Früchte des uns aufzuwachsenden Weltfriedes — auch hier stetig — zu überwinden. (Lebhafter Beifall!)

Kommunizienten Leonhardt-Frieden:

Der Antrag der Deputation erstreckt sich auf eine möglichst baldige Entlassung aus dem Heere von einer Anzahl im Auswege aufgestellter Arbeitskräfte. Die Fragen der Übergangswirtschaft stehen sich aber in ihrer Bedeutung heute noch gar nicht allzu- übersehen, vor allem nicht in der Bedeutung der einzelnen Glieder des Wirtschaftslebens. Der Bedeutung dieser Frage in Sprache die Schwierigkeit einer wirklich allseitig bedenkenden Lösung, und deshalb sei es notwendig, gerade auf die Wichtigkeit der einzelnen Glieder besondere Rücksicht zu nehmen, wie es ja in dem Antrag; auch angedeutet worden ist. Aber es ist ja möglich, diese Glieder hinsichtlich ihrer Wichtigkeit von verschiedenen zu erfassen. Er verweise nur auf die große Bedeutung, die in der Übergangswirtschaft der Handel, die Schifffahrt, dann der Holzgewerbe, das Baugewerbe und vor allem auch die Industrie des Handwerkes hätten, und nicht zuletzt die große Bedeutung, die darin auch ein höchst wichtiges geordnetes Ver- waltungswesen, insbesondere auch die gesamte Beamtenverwal- tung und Justiz hätten, und daß es deshalb notwendig sei, auch bei der Aufstellung, daß alle diese inemalbedeutenden Einzel- stücke gleichmäßig bedacht werden. Erfolge die Demobilisierung nicht in unmittelbarer Anlehnung an die wirtschaftlichen Bedürfnisse, so ist die Gefahr, daß, wenn sie zu sehr von militärischen Gesichtspunkten durchgeleitet werde, auf der einen Seite Arbeitskräfte fehlen, auf der anderen Seite solche einfließen würden, die nicht genügende Arbeit finden würden. Das würde wieder die weitere Gefahr in sich bergen, daß damit Unter- schichten demobilisierter eintraten und Kosten für die Kom- munen, den Staat und das Volk entstehen, die man von vornherein nach Möglichkeit vermeiden möchte. Um diese zu vermeiden, wäre es wünschenswert, daß die Ent- lassungen in erster Linie so erfolgten, wie die Arbeitsbedürfnisse im Lande die Unterbringung der Arbeitskräfte am besten ermög- lichte. Es sollte deshalb die Möglichkeit geboten werden, daß, wenn jemand eine Arbeitsgelegenheit nachzuweisen imstande sei oder eine Arbeitsgelegenheit zu bieten, allen solchen Entlassenen auf Entlassung aus dem Heere bei vorzeitiger Entlassung gegenüber dem sonstigen militärischen Plane vorgezogen werde, um diese Arbeitsbedürfnisse erfüllen zu können. Um dabei aber auch übermäßigen Anforderungen und übermäßigen Leistungen der Arbeitskräfte selber vorzubeugen, wäre es doch denk- bar, eine Beschränkung nach der Richtung anzubringen, daß die- jenigen, die vorzeitig entlassen werden wollten, weil ihnen eine Arbeitsmöglichkeit zur Seite stehe, sich verpflichteten, für eine bestimmte Zeitdauer auf kommunale, staatliche oder Reichsunter- stützungen zu verzichten, daß umgekehrt diejenigen Arbeitsgeber, die ihre Arbeiter schnell möglichst ergänzen möchten, ebenfalls die Verpflichtung einnahmen, daß sie diejenigen Arbeitskräfte, für die sie wegen einer vorzeitigen Entlassung eingekommen seien, für eine bestimmte Dauer unbedingt auch in ihrer Arbeits- tätigkeit erhielten. Es erscheint mir das keine Belastung, die von besonderer Bedeutung wäre, denn wer die Arbeits- gelegenheit jetzt so übersehen könnte, daß er bereitwillig- keit eine vorzeitige Entlassung seiner Arbeiter be- antragte, der könne auch auf der anderen Seite eine solche Verpflichtung übernehmen. Es würde dadurch nach seiner Auffassung wohl sehr viele Unterbringungsnotwendigkeiten in besserer Weise vorgebeugt. Selbstverständlich dürften die Ver- bindlichkeiten, die durch einen Vertrag auf U. tertragung für einen bestimmten Zeitraum eintreten, nicht so weit gehen, daß dadurch etwa die Freizügigkeit der Arbeiter beeinträchtigt würde und etwa auch die in Aussicht gestellten Dankbezüge für einen Monat zur Erleichterung der Übergangswirtschaft des einzelnen nicht in den Rahmen der Unterbringung einbezogen würden. Im Interesse aber der gleichmäßigen Behandlung aller derjenigen Stellen, die für die Übergangswirtschaft von Wichtigkeit seien und die Möglich- keit hätten, Arbeitsgelegenheit zu bieten, möchte er deshalb die Staatsregierung bitten, sich dafür einzusetzen, daß durchweg alle diejenigen Arbeitskräfte auf eigenen Wunsch oder auf Antrag der Arbeitgeber vorzeitig entlassen würden, bei denen die Sicherung geboten sei, daß für sie innerhalb eines bestimmten Zeitraumes eine öffentliche Unterbringung nicht in Frage komme.

Damit ist die Debatte erschöpft. Das Schlusswort erhält

Berichterstatter Wll. Geh. Rat Dr. Mehnert, Gyzellen:

In den Ausführungen des Vortragsredners möchte er nur kurz bemerken, daß die Anträge der Deputation nicht beantragten, etwa alle nach dem Kriege kommenden Bedürfnisse im einzelnen darzulegen, sondern nur die elementarsten Erfordernisse für die gesamte Volkswirtschaft, die sich unmittelbar nach dem Kriege geltend machen würden, nur die Haupt- sachen erörterten. Dabei sei die Deputation von der all- verlässlichen Voraussetzung ausgegangen, daß die Allgemein- heit und deren Interessen unbedingten den Interessen der einzelnen voranzugehen hätten. Im übrigen möchte er noch hinzufügen, daß die einzelnen wirtschaftlichen Interessen, die nach dem Kriege zu berücksichtigen seien, schon seit mehr als Halb-

Jahresfrist in den Beratungen beim Reichskommissar für die Übergangswirtschaft, der in ganz vorzüglicher Weise seines Amtes wahrte, die weitestgehende Berücksichtigung fanden. Mit der Möglichkeit, daß Deutschland eine entsprechende Kriegsschädigung nicht erhalte, dürfte man überhaupt nicht rechnen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Kammer nimmt hierauf einstimmig die sämtlichen vom Berichterstatter gestellten Anträge an und erledigt verbatim die übrigen Punkte der Tagesordnung:

3. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Titel 8 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Jahre 1916 und 1917, betreffend Vermehrung der Lokomotiven und Tender (Ergänzungsforderung). (Drucksache Nr. 315.)

4. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Titel 9 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Jahre 1916 und 1917, betreffend die Vermehrung der Personen-, Gepäc- und Güterwagen (Ergänzungsforderung). (Drucksache Nr. 316.)

5. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Titel 26 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Jahre 1916/17, den zweigleisigen Ausbau der Strecke Eibau-Taubenheim, erste Rate — Ergänzungsforderung — betreffend, und eine hierzu eingegangene Petition. (Drucksache Nr. 306.)

6. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation zu Titel 56 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Jahre 1916 und 1917, die Fortsetzung der schmalspurigen Nebenbahn Hehdorf—Eppendorf bis Großwalterzdorf (Ergänzungsforderung) betreffend. (Drucksache Nr. 308.)

7. Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation zu Titel 58 des Nachtrags zum außerordent-

lichen Staatshaushaltspläne auf die Jahre 1916 und 1917, Bau des zweiten Gleises der elektrischen Straßenbahn nach Klopsche zwischen dem Arsenal und der Überführung der Königsbräcker Staatsstraße über die Görlitz-Dresdner Eisenbahn betreffend. (Drucksache Nr. 310.)

Zu allen Punkten berichtet Hr. Rittergutbesitzer Dr. Weder. Die Kammer genehmigt die sämtlichen Einstellungen des Nachtragselats in Übereinstimmung mit der Zweiten Kammer nach der Vorlage und läßt die in Punkt 5 erwähnte Petition der böhmischen Gemeinde Fugau um Errichtung einer Personen- und Güterverkehrsstelle auf sich beruhen.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Min.)

Beim Landtage eingegangene Drucksachen:

Königl. Dekret Nr. 50 über den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Verordnung, die Jagdbarkeit der Ziemer betreffend, vom 27. Juli 1878 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 192).

Der Entwurf enthält folgende 3 Paragraphen:

§ 1. Die Schutzzeit für die einzige den Gegenstand des Jagdgesetzes bildende Drosselart (Ziemer oder Zeumer) beginnt in den Jahren 1917 und 1918 bereits am 1. Oktober.

§ 2. Die Ziemer dürfen nur in ungerupftem Zustande veräußert oder feilgehalten werden.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Aus der Begründung sei folgendes hervorgehoben:

Von sämtlichen kleineren Feld-, Wald- und Singvögeln, mit Ausnahme der Rebhühner, Wacheln, Bekassinen, Schnepfen, Wildtauben, Raubvögel und Würger, bilden nur die zu den Drosseln gehörigen Ziemer nach der Verordnung, die Jagdbarkeit der Ziemer nach der Verordnung, die Jagdbarkeit der Ziemer betreffend, vom 27. Juli 1878 (Gesetz- und Verordnungsblatt

E. 192), den Gegenstand des Jagdgesetzes. Sie dürfen vom 15. November bis zum 28. (29.) Februar geschossen werden. Der Dohnenkrieg ist in Sachsen auch in dieser Zeit unzulässig, und die Staatsregierung beabsichtigt nicht, von der ihr durch die Bekanntmachung des Reichsanzlers über den Fang von Krammetsvögeln vom 12. Juli 1917 (Reichsgesetzblatt S. 672) erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Ran ist zwar zuzugeben, daß die Jagd des Ziemers — die Bezeichnung „Krammetsvogel“ wird, da sie auch für andere Drosselarten angewendet zu werden pflegt, besser vermieden — im Königreich Sachsen in der Regel wenig ergiebig ist, und da sein Preis sich auf 1 M. für das Stück und noch höher stellt, fällt er für die Volksernährung kaum ins Gewicht. Dennoch aber hat die Staatsregierung geglaubt, bei den besonderen Verhältnissen der Kriegsjahre den aus den Kreisen der Verbraucher und der Jäger an sie hervorgetretenen Wünschen, wie sie auch in der Interpellation der Abgeordneten Philipp und Gen. zum Ausdruck kommen, Rechnung tragen zu sollen. In dessen muß beachtet werden, daß die Drosseln, die im Oktober und in der ersten Hälfte des November zischen, in der Hauptsache Schwarz-, Mittel-, Sing- und Weindrosseln sind, die nicht zum jagdbaren Wild gehören. Wenn also die Jagd auf den Ziemer nach dem geltenden Rechte erst am 15. November ausgeht, so liegt dies darin begründet, daß die nicht jagdbaren Drosseln der Gefahr des Abschusses möglichst wenig ausgesetzt werden sollen.

Die im § 1 des Entwurfs vorgesehene Verlegung des Beginns der Schutzzeit für die Ziemer bedarf deshalb einer Ergänzung durch eine Bestimmung, die der Vertilgung der nicht zu den Ziemern gehörigen Drosseln oder sonstigen Kleinvögel nach Möglichkeit vorbeugt. Es ist zu diesem Zwecke insbesondere eine Beaufsichtigung der Lebensmittel- und Wildhandlungen in Aussicht genommen, die aber nur dann wirksam sein kann, wenn der Verkauf und das Feilhalten der Ziemer in gerupftem Zustande untersagt wird.

Die Wiederaufnahme der Ziemer unter das jagdbare Wild im Jahre 1878 ist nur um bedwillen durch Verordnung erfolgt, weil die Stände wünschten, daß ihrem dahin gehenden Antrage noch vor Wiedereinberufung des Landtags stattgegeben werden sollte. Ein derartiger Anlaß liegt gegenwärtig nicht vor, und infolgedessen wird vorgeschlagen, die beabsichtigte Änderung auf dem gewöhnlichen Wege des Gesetzes vorzunehmen.